



SGV e.V. • Geschäftsstelle • Goethestr. 4 • 63679 Schotten

An die Presse

**Pressemitteilung mit Bitte um Veröffentlichung
Regierungspräsidentin Darmstadt weist Umwelt-
verbände ab**

Datum 21.10.2017

Ihr Schreiben
Ihr Aktenzeichen

SGV Geschäftsstelle
Goethestr. 4
63679 Schotten
Tel. 0170/2037091
info@sgv-ev.de
www.sgv-ev.de

Vorsitzende
Cécile Hahn

2. Vorsitzender
Heiko Stock

Schriftführer
Walter Pfeifer

Schatzmeister
Peter Weiß

Beisitzer
Gudrun Huber-Kreuzer
Matthias Kalkhof
Beate Werm
Gabriele Geiß

**Regierungspräsidentin verweigert sich bei ökologischer
Wasserversorgung Rhein-Main, ergreift Partei für die WRM und leitet
persönliche Schreiben an Hessenwasser weiter**

Will sie nicht oder kann sie nicht? Diese Frage stellen sich die Schutzgemeinschaft Vogelsberg e.V. (SGV) und die Aktionsgemeinschaft 'Rettet den Burgwald' angesichts der aktuellen Antwort der Regierungspräsidentin Brigitte Lindscheid auf die Vorschläge der beiden Umweltverbände zur Wasserversorgung Rhein-Main. Da sie nicht auf die konkreten Punkte eingeht, die von den Verbänden angesprochen werden, lässt sich ihr sehr knappes Schreiben in drei Sätzen zusammenfassen. Erstens fordert das Regierungspräsidium von den Kommunen einen Nachweis über eine gesicherte Wasserversorgung. Zweitens halten sich die Fachabteilungen des RP immer an geltendes Recht. Und drittens hat die Arbeitsgemeinschaft Wasserversorgung Rhein-Main (WRM, eine von der Hessenwasser GmbH & Co KG dominierte Arbeitsgemeinschaft der Wasserversorger) einen Maßnahmenkatalog vorgelegt und die 'verantwortlichen Akteure sind tätig'. Diese nichtssagenden Floskeln offenbaren ein erhebliches Desinteresse am Thema und an den Fernwassergewinnungsgebieten.

SGV und Aktionsgemeinschaft Burgwald hatten die Regierungspräsidentin dagegen gebeten konkrete Strukturmaßnahmen zur Stärkung der Eigenversorgung des wasserreichen Rhein-Main-Gebietes anzuordnen. Denn aufgrund des Klimawandels muss sich der Ballungsraum schon jetzt auf ein Reduzieren des Fernwasserbezugs einstellen. Ohne Gegenmaßnahmen, von denen die Naturschützer einige vorgeschlagen haben, kann dies in trockenen Sommern zu Versorgungsengpässen führen. 'Frankfurt darf nicht länger auf zusätzliches Fernwasser aus dem ländlichen Raum hoffen,' fassen es die beiden Vorsitzenden der Umweltverbände, Cécile Hahn und Dr. Anne Archinal, zusammen, 'stattdessen muss die Stadt ihre eigenen Wasserwerke dringend modernisieren, schützen und intensiver nutzen.'

Ferner wollten die Naturschützer wissen, welche Vorgaben die Regierungspräsidentin für eine ökologische Wasserversorgung der neuen Bauvorhaben Frankfurts machen will, um den Trinkwasserverbrauch dort auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. 'Sofern die Stadt ihren Zusatz-Wasserbedarf nicht aus eigenen Wasservorkommen decken kann, muss Frankfurt seine Entwicklungspläne begraben,' sagt Heiko Stock, Bürgermeister von Lautertal und zweiter Vorsitzender der SGV, 'hier sind seitens der Behörden entsprechende Forderungen an die Wasserversorger, an die Stadt und an die Planer zu richten. Und zwar zeitnah, weil jetzt gebaut werden soll.'

Schon seit Monaten werden diese Punkte, ebenso wie ein konsequenter Grundwasserschutz für Rhein-Main, in Mittel- und Südhessen auch öffentlich intensiv diskutiert. Immer wieder verlangen die Beteiligten klare behördliche Vorgaben, auch um im Zuge der notwendigen Klimaanpassung Planungssicherheit für ihre Vorhaben zu erlangen. Wasserversorger wie Mainova, Hessenwasser oder OVAG sind nach eigenen Angaben durchaus bereit, alle Vorgaben der RP für eine zukunftsfähige Wasserversorgung zu erfüllen.

Trotzdem verweigert die Darmstädter Regierungspräsidentin in ihrem Antwortschreiben eine konkrete Stellungnahme zu den Vorschlägen der Naturschutzverbände. Stattdessen verschanzt sie sich hinter der 'Situationsanalyse Wasserversorgung' der WRM, obwohl diese fachliche Fehler enthält und die betriebswirtschaftlichen Interessen der Wasserversorger bedient. Die Situationsanalyse beinhalte 'bereits einen entsprechenden Katalog von Maßnahmen zur Sicherstellung der zukünftigen Wasserversorgung', schreibt sie – als ob dieser ein Ersatz für rechtswirksame Steuerungsmaßnahmen des RP sein könne. Dass die Situationsanalyse trotz Klimawandels mehr und vor allem billiges Fernwasser für das Rhein-Main-Gebiet fordert, ignoriert sie offensichtlich ebenso wie ihre eigene Pflicht zu einer Alternativenprüfung. In der Konsequenz ist daraus ein Herumschieben von Verantwortung entstanden, bei dem die Wasserversorger die Regierungspräsidentin für zuständig erklären, während diese sich auf die Maßnahmenkataloge der Wasserversorger beruft. Diesem unhaltbaren Zustand muss das Umweltministerium als Oberste Wasserbehörde möglichst schnell einen Riegel schieben.

Wie stark die Bindung der Regierungspräsidentin an die Belange der Wasserversorger ist, zeigt auch das geradezu skandalöse Weiterleiten des Briefes von SGV und Aktionsgemeinschaft Burgwald an die Hessenwasser GmbH & Co KG und an die Mainova. 'Es kann nicht sein, dass ein Schreiben, das ausdrücklich an Frau Lindscheid persönlich gerichtet ist, von ihr an ausgerechnet an eine Dienstleistungsfirma weitergereicht wird, die von uns besonders kritisch betrachtet wird', erklären Frau Hahn und Dr. Archinal unisono, 'es würde uns nicht wundern, wenn der nichtssagende und reichlich spät eintreffende Antwortbrief auch diesem Vorgang zu verdanken ist.'

Aufgrund der ablehnenden Haltung der Regierungspräsidentin sehen SGV und Aktionsgemeinschaft Burgwald derzeit wenig Sinn darin, ihr weiterhin einen Dialog anzubieten. Sie setzen vielmehr auf den fachlichen Austausch mit den Fachabteilungen des RP, die sich in den letzten Jahren gesprächsbereit und konstruktiv gezeigt haben, auf die Diskussion mit den politisch Verantwortlichen in Rhein-Main und auf den Leitbildprozess für ein Integriertes Wasserressourcenmanagement Rhein-Main des Umweltministeriums. 'Wir wollen praktische Fortschritte für eine zukunftsfähige und naturverträgliche Wasserwirtschaft erzielen', so die beiden Vorsitzenden, 'und das geht nur mit Personen und Institutionen, die unsere Argumente und unsere ehrenamtliche Arbeit ernst nehmen. In diesem Sinne hoffen wir, dass Frau Lindscheid ihre ablehnende Haltung überdenkt.'

Danke für die Veröffentlichung. In der Anlage übersenden wir Ihnen das Schreiben von SGV und Aktionsgemeinschaft Burgwald an die Regierungspräsidentin als pdf.

Mit freundlichen Grüßen

Cécile Hahn
Vorsitzende der SGV

Dr. Anne Archinal
Vorsitzende der Aktionsgemeinschaft 'Rettet den Burgwald'